

Reitschule soll unter neue Leitung

Die Ikur soll durch eine «neue Geschäftsleitung mit kompetenten Menschen» ersetzt werden, fordern BDP und CVP

Die Basisdemokratie in der Reitschule habe versagt, schreiben CVP und BDP. Mittels dringlicher Motion fordern sie neue Strukturen für den Kulturbetrieb – und mehr finanzielle Mittel.

PASCAL SCHWENDENER

«Das Experiment, ein Kulturlokal basisdemokratisch und einigermassen autonom zu führen, wurde in Bern 20 Jahre lang toleriert und gefördert», schreibt BDP/CVP-Fraktionsmitglied Martin Schneider. Leider habe sich gezeigt, «dass die Menschheit für so hochgesteckte Ziele noch nicht bereit ist». Die Reitschule sei mit Gewalt- und Drogenproblemen überfordert, gewähre militanten Demonstranten entgegen geltenden Abmachungen Unterschlupf und halte die Verträge mit der Stadt nicht ein – «was im Klartext heisst, das Experiment ist gescheitert».

Die BDP/CVP-Fraktion fordert darum, das Experiment sofort abzubrechen. In einer dringlichen Motion, die Schneider heute im

Parlament einreichen will, verlangt er die «Renovation der Reitschule, innen und aussen». Konkret soll die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule Ikur nicht länger als Vertragspartnerin der Stadt akzeptiert werden. An ihrer Stelle sei umgehend eine «neue Geschäftsleitung mit kompetenten Menschen einzusetzen, die einen rechtlichen Körper hat und die sämtliche Tätigkeiten der Ikur und des Fördervereins Grosse Halle sowie den Leistungsvertrag mit der Stadt übernimmt.»

Die «Renovation aussen» bezieht sich im Gegensatz dazu auf die Gebäudehülle. Die BDP/CVP will die Räumlichkeiten der Reitschule nämlich etappenweise sanft renovieren. «Erste Priorität haben das Dach und der Vorplatz.»

Nächste Woche gilt es ernst

Der Vorstoss deckt sich in weiten Teilen mit der Motion, die GFL-Stadtrat Erik Mozsa vor Jahresfrist eingereicht hat und welche für die Parlamentssitzung vom 19. Februar traktandiert ist. Auch Mozsa kam zum Schluss, dass die basisdemokratischen Strukturen für die zu bewältigenden Probleme zu träge

sind. Er blieb allerdings bei der Formulierung noch etwas zurückhaltender und forderte lediglich, «verbindliche Strukturen (z. B. wie Verein etc.) zu schaffen».

Weder die GFL noch die BDP/CVP stellen die Bedeutung der Reitschule als Kulturlokal in Frage. Die Motionäre sind sich aber darin einig, dass die heutigen Strukturen dem Kulturbetrieb mehr schaden als nützen und dass die Weiterführung der Laissez-faire-

Politik letztlich zur Totengräberin der Reitschule werde. Die BDP/CVP will sich gar dafür einsetzen, dass die Reitschule finanziell besser als bisher unterstützt wird – ein Entgegenkommen, auf das der Kulturbetrieb allerdings bislang immer verzichtet hat, um sich mehr Eigenständigkeit bewahren zu können.

Neue Mehrheiten im Parlament

GFL-Fraktionschef Peter Künzler ist «seltsam berührt» von dem

Quasi-Plagiat der BDP/CVP. Gleichzeitig freut er sich darüber und stellt die Unterstützung durch die GFL in Aussicht. «Der Vorstoss ist jedenfalls Ausdruck dafür, dass die Motion Mozsa in der kommenden Parlamentssitzung mehrheitsfähig ist», sagt er. Die Unterstützung der bürgerlichen Parteien jedenfalls dürfte Mozsa gewiss sein. Schliesslich haben sie zwanzig Jahre darauf gewartet, dass ein Exponent der rot-grünen Mehrheit ihre Forderung nach verbindlichen Strukturen in der Reitschule teilt und sogar Sanktionen bei Nichteinhalten der Leistungsvereinbarungen verlangt.

Die erstarkte Mitte im neu zusammengesetzten Parlament wird direkte Auswirkungen auf die Reitschule haben – so viel scheint klar. Im Januar bekam der Kulturbetrieb bereits einen ersten Vorgeschmack auf das, was in der laufenden Legislatur auf ihn zukommen wird. Damals überwies die CVP mit Unterstützung von GFL/EVP und Grünliberalen ein Postulat von Henri Beuchat zur Verbesserung der Sicherheit vor der Reitschule. Der Gemeinderat soll unter anderem den Einsatz von Videokameras beim Kulturlokal Reitschule prüfen.

Lärm ohne Bewilligung

Philippe Müller (fdp) will vom Gemeinderat in einer dringlichen Interpellation wissen, für welche Vorplatz-Konzerte im Sommer 2008 die Reitschule eine Bewilligung eingeholt hat. Dem Vorstoss ist eine Liste mit 36 Lärmklagen eines Anwohners von Mai bis September angefügt. Der Anwohner wurde von der Polizei jeweils mit dem Satz «Wir kümmern uns darum» getröstet. Müller hat dem Vorstoss auch ein Antwortschreiben des Gemein-

derates an einen weiteren Anwohner beigelegt, der eine Eingabe wegen des Lärms verfasst hatte. Der Gemeinderat dulde «keine Widerhandlungen gegen die Lärmschutzvorschriften», steht darin zu lesen. Laut Marc Heeb von der Gewerbepolizei wurde aber für kein Konzert eine Bewilligung ausgestellt. Es habe zwar Kontakte zur Reitschule gegeben. «Der Kontakt wurde aber von der Reitschule abgebrochen», sagt Heeb. (bob)

Seelsorger sind «ganz Ohr» für Sorgen

Neues Angebot der **Offenen Heiliggeistkirche** Bern – das persönliche Gespräch mit Seelsorger oder Psychologen

Ungezwungenes Beichten in der Heiliggeistkirche: Vertrauenspersonen unter Schweigepflicht stehen für persönliche Gespräche zur Verfügung. Das neue Angebot zum 10-Jahre-Jubiläum der Offenen Kirche stösst auf Anklang.

DANIEL VONLANTHEN

Dienstag, 12.30 bis 13.30, und Donnerstag, 18.30 bis 19.30 Uhr, wartet im Chor der Heiliggeistkirche Bern, neben einer Leuchsteele, eine Fachperson auf Menschen, die sich aussprechen möchten. Von Beginn weg sei das Angebot genutzt worden, sagt Hans-Ulrich Stoller, Theologe und Psychotherapeut. «Ganz Ohr» heisst die Dienstleistung, welche der interreligiöse Trägerverein der Offenen Heiliggeistkirche zu seinem 10-Jahre-Jubiläum auf Anfang Februar eingeführt hat.

Die Offene Kirche versteht sich als zentraler Zufluchtsort für alle und bietet ein vielfältiges spirituelles und kulturelles Programm an. Neu im Angebot sind Frauenrituale; während der Passionszeit bis Auffahrt gestaltet der Berner Künstler Adrien Rihs Kirchenfenster.

«Ratschlag erteilen»

Stoller, ehemals Lehrer und Pfarrer in Köniz und Schwarzenburg, verfügt als ehemaliger Mitarbeiter des Contact-Netzes über langjährige Erfahrung im Drogenbereich und kennt als Psychotherapeut mit eigener Praxis die Alltagsorgen grosser und kleiner Leute. Er zeigt sich überzeugt, das neue Angebot «Ganz Ohr» entspreche einem Bedürfnis: «Losgelöst von sozialen Bindungen und vom Status können die Menschen hier abladen, was sie bedrückt», sagt Stoller. Rund ein Dutzend Fachleute aus Seelsorge und Psychologie stehen als Vertrauensleute zur Verfügung. Sie arbeiten ehrenamtlich nach einem Einsatzplan und stehen unter Schweigepflicht. Die Gespräche finden – dem individuellen Wunsch entsprechend – entweder in der Kirche oder in einem separaten Raum statt. Für Religion und Glauben missionieren wolle das Team nicht, beteuert Stoller: «Wir können



Psychotherapeut und Theologe **Hans-Ulrich Stoller** hat Zeit zum Zuhören.

FRANZISKA SCHEIDEGGER

allenfalls einen Ratschlag erteilen oder eine spezialisierte Fachstelle vermitteln.»

Matthias Mosimann, stellvertretender Chefarzt an der Psychiatrischen Universitätsklinik Waldau,

bringt das Angebot auf eine Kurzformel: «Sich mitteilen heisst, mit jemandem teilen.» Ein Bürger, der sich seine Sorgen von der Seele reden könne, fühle sich nicht allein gelassen. Bevor ein Problem über-

haupt angepackt werden könne, müsse es in Worte gefasst werden. Das Einzelgespräch über ein bestimmtes Thema, auch wenn es kurz sei, «kann eine alternative Lösungsstrategie aufzeigen und zu

Sicherheit und Entspannung beitragen», ergänzt Mosimann. Der Psychiater attestiert dem seelsorgeischen Gespräch durchaus eine positive Wirkung.

Vergleichbar mit dem Angebot der Heiliggeistkirche, die gewissermassen über Gleisanschluss verfügt, ist das Angebot der Zürcher Bahnhofseelsorge. Sie verzeichnet einen kontinuierlichen Anstieg der Anzahl Gespräche. Fragen zu Glauben, Familie und Partnerschaft stehen an erster Stelle. Die Dargebotene Hand Bern unter der Telefonnummer 143 widmet sich seit 50 Jahren auf niederschwellige Art den Sorgen und Nöten der Menschen. Rund 13 000 Beratungsgespräche werden jährlich durchgeführt («Bund» vom Samstag).

Absolution im Beichtstuhl

Die alte Form des Zwiegesprächs im Beichtstuhl wird zwar von der römisch-katholischen Kirche immer noch angeboten. «Die traditionelle Beichte wird aber nicht mehr oft praktiziert», sagt Karl Graf, Dekanatsleiter in Bern. In der Dreifaltigkeitskirche zum Beispiel ist der Beichtstuhl jeweils am Samstag während einer Stunde besetzt, in welcher der geweihte Priester im Einzelgespräch die Absolution erteilt. Papst Benedikt XVI. hat die Gruppenabsolution kürzlich – zum Ärger vieler aufgeschlossener Kirchenleute – für nichtig erklärt.

«Heute ist spirituelle Begleitung in einem persönlichen Rahmen an einem besonderen Ort gefragt», sagt Graf. Die Absolution sei nicht das einzige Ziel, vielmehr gehe es um einen Prozess der Versöhnung und Vergebung, der in einem Kloster oder in einer Pfarrkirche nach Wahl stattfindet. Bei der Versöhnung in der Familie werde der Prozess durch eine vom Kind bestimmte Bezugsperson begleitet. Die Beichte hat sich vom anonymen Geflüster zu einer vielfältigen Dienstleistung entwickelt, welche die Pfarren jeweils gemäss individueller Vorbesprechung erbringen. Im Jahr der Vergebung, das die Uno für 2009 ausgerufen hat, finden zahlreiche Veranstaltungen statt.

Die Pfarrei St. Antonius in Bümpliz führt im März einen Kurs für ältere Menschen zur «Versöhnung mit der eigenen Biografie» durch.

KOMMENTAR

Das Ende der Basisdemokratie

BERNHARD OTT

Die Fraktion BDP/CVP lehnt die Interessengemeinschaft Reitschule (Ikur) als Vertragspartnerin für die Stadt ab. Sie fordert die Auflösung des Leistungsvertrages und die Einsetzung einer Geschäftsleitung. Damit sind die Tage der Basisdemokratie im Kulturzentrum gezählt. Denn die neue Mitte im Stadtrat verfolgt das gleiche, mehrheitsfähige Ziel wie die GFL/EVP-Fraktion, deren Vorstoss zur Schaffung von Vereinsstrukturen in der Reitschule bald im Stadtrat debattiert wird. Seit zwanzig Jahren hat die Reitschule einen Sonderstatus als «autonome Insel». Diese Epoche geht nun zu Ende.

Am Anfang vom Ende des Experiments Reitschule steht die Politik der rot-grünen Mehrheit im Gemeinderat. Nach dem Tod des «Hardliners» Kurt Wasserfallen (fdp) und der damit einhergehenden Aufweichung der Fronten hat es die Stadtregierung verpasst, einen neuen Umgang mit den Reitschul-Betreibern zu finden. Als im letzten Sommer die Gewalt in der Drogenszene auf dem Vorplatz eskalierte, schob Stadtpräsident Alexander Tschäpät (sp) die Verantwortung der Kantonspolizei in die Schuhe. Auch die gemeinderätliche Antwort auf die GFL-Forderung nach der Schaffung von Vereinsstrukturen war diffus. Nun hat die neue Mitte im Stadtrat das Steuer an sich gerissen. Was gestern ungeheuerlich klang, wird heute möglich. Der Gemeinderat hat mit seiner Laissez-faire-Politik mehr zur Abschaffung der Reitschule in ihrer traditionellen Form beigetragen als die fünf Anti-Reitschul-Initiativen.

Bremser für Anlaufstelle

STADT BERN Ein zweites Fixerstübli würde die Drogenanlaufstelle an der Hodlerstrasse entlasten und die Szenebildung auf der Schützenmatte verhindern, heisst es aus der Direktion von Gemeinderätin Edith Olibet (sp). Andere Städte wie Zürich oder Basel hätten mit dezentralen Einrichtungen gute Erfahrungen gemacht. Ob sich das Modell auch in Bern bewährt, soll darum möglichst rasch mit einem zweijährigen Pilot geprüft werden.

Die Mitte-rechts-Parteien zweifeln allerdings am Erfolg des Projekts. FDP, SVP, BDP, CVP und GLP fordern darum in einer dringlichen interfraktionellen Motion «Alternativen zu einer teuren 2. Anlaufstelle». Die Fraktionen verlangen dafür mehr Verbindlichkeit im System, klare Abmachungen zwischen Süchtigen und Behörden, den konsequenten Einbezug der repressiven Säule und einen intensiven Austausch mit anderen Schweizer Städten. Bevor der Gemeinderat beschliesse, ein zweites Fixerstübli zu eröffnen, müssten erst konkrete andere Massnahmen geprüft werden, die in den Städten Zürich und Basel Erfolge zeitigten:

- Zürich erlaubt keinen Kleinhandel mit Drogen im Umfeld der Anlaufstellen. Bern dagegen toleriert den Ameisendeal vor dem Fixerstübli. Diese Politik soll überdacht werden.

- Zürich schliesst seine Anlaufstellen um 20 Uhr, also zwei Stunden früher als Bern. Dennoch kommt es offenbar zu keiner Konsumverdrängung in den öffentlichen Raum. Was machen die Zürcher besser?

- Zürich und Basel praktizieren ein sogenanntes Case-Management, das alle involvierten Institutionen miteinander vernetzt und die Süchtigen verbindlicher in eine Behandlung einbindet. Müsste dieses System nicht auch in Bern angewandt werden? (pas)